

1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

2
3

4 **Eine solidarische Stadtpolitik für alle!**

5

6 Am 20. Mai 2018 besetzten junge Menschen mehrere - teils seit Jahren - leerstehende Häuser in Berlin. Es
7 war der größte organisierte zivile Ungehorsam gegen Verdrängung und Spekulation seit vielen Jahren. Bei
8 einigen dieser Besetzungen handelte es sich um "Scheinbesetzungen" durch angebrachte Transparente. Bei
9 anderen Besetzungen, insbesondere in der Bornsdorfer Straße 37, befanden sich dutzende
10 Mietrechtsaktivist*innen im Gebäude.

11

12 Die Besetzer*innen wollten mit ihrer Aktion auf die dramatische Situation auf dem Berliner
13 Wohnungsmarkt aufmerksam machen. Die exorbitant steigenden Mieten zwingen immer mehr Menschen
14 aus der Stadt oder auf die Straße, die Zahl der Zwangsräumungen steigt kontinuierlich und selbst Haushalte
15 mit Doppelverdiener*innen können sich ein Familienleben in der Innenstadt immer seltener leisten. Eine
16 derart geladene Situation finden wir in Bremen zwar noch nicht vor, Leerstand trotz eklatantem Mangel an
17 Wohnraum ist aber auch in Bremen ein Problem.

18 Speklativem Leerstand, also die bewusste Nicht-Nutzung von Flächen oder Gebäuden in der Hoffnung auf
19 steigende Preise in der Zukunft, muss entschieden begegnet werden. Instrumente wie zeitlich begrenzte
20 Baugenehmigungen können hierfür ein Instrument sein. Gleichzeitig ist es niemandem vermittelbar, dass
21 noch immer nicht die letzten Zeltunterkünfte für Geflüchtete abgebaut wurden und Bremen weiterhin
22 massiv Einwohner*innen an das niedersächsische Umland verliert, wenn gleichzeitig mehr Wohnraum
23 existiert – aber nicht genutzt wird.

24

25 Für uns steht außer Frage: Die Kritik der Hausbesetzer*innen an der aktuellen Situation auf dem
26 Wohnungsmarkt teilen wir. Die massive Aufwertung und Gentrifizierung in zahlreichen Vierteln, die
27 insbesondere Menschen mit niedrigerem Einkommen aus den Szene-Vierteln an den Stadtrand verdrängt,
28 ist ein Fakt.

29 Wir halten fest: Es ist ein Skandal, dass Wohnungen aus Spekulationsgründen leer stehen können, während
30 andere Menschen in Bremen keinen Schlafplatz finden. Wir weisen in diesem Zusammenhang auf Art. 14
31 GG hin, der das Eigentumsrecht schützt, aber den Zusatz erhält, dass Eigentum verpflichtet. Enteignungen
32 sind zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Im Wissen, dass die Hausbesetzung einen Rechtsverstoß
33 darstellt, sehen wir es andererseits als ein legitimes und moralisch gebotenes Mittel zur Verdeutlichung der
34 Wohnungslage an, da Eigentum letztlich verpflichtet.

35

36 Wir brauchen noch mehr politische Instrumente, um die Wohnungssituation zu verbessern und Mut über
37 neue Wege nachzudenken, zum Beispiel das Mittel der Enteignung als letzte Konsequenz.

38 Auch wenn wir staatlichen Instrumenten den Vorzug geben, um der Wohnungsnot Herr zu werden, wollen
39 wir trotzdem auch mit Menschen, die auf einen Missstand aufmerksam machen, den wir auch als solchen
40 ansehen, über Wege diskutieren, wie Bremen als Raum für alle erhalten und gestärkt werden kann.

41

42 Die Häuser denen, die sie brauchen!